AZ FL-9494 Schaan · 112. Jahrgang Nr. 145 · Montag, 2. Juli 1990

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wohnen in Liechtenstein: Ruf nach mehr Eigenverantwortlichkeit

Angeregte Diskussionen bei der FBP-Tagung «Wohnen heute und morgen» am Freitag – Wertvolle Anregungen für künftige Politik

Noch haben wir es in der Hand, durch gezielte Massnahmen eine solide Basis zu erarbeiten, wodurch es auch in Zukunft sogenannten Normalbürgern noch möglich sein wird, eigenen Wohnraum zu (be)-schaffen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass längerfristig die Forderung nach mehr staatlichen Eingriffen in dieser Thematik nicht überhand gewinnen. So der Grundtenor an der gut besuchten FBP-Tagung zum Thema «Wohnen heute und morgen» in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums vom Freitag abend.

Auf grosses Interesse stiess am Freitagabend in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums die FBP-Tagung zum Thema «Wohnen heute und morgen». (Bild: bs)

Mieten werden dauernd angehoben, Bodenpreise steigen ins für allzuviele Unerschwingliche, Gesetze verhindern eine effektive Wohnraumbeschaffung; dies sind Stichworte, welche in Liechtenstein in den letzten Jahren vermehrt diskutiert werden. Man weiss zwar, dass dies Problempunkte sind, jedoch offizielle Zahlen und Erhebungen wurden bislang keine herausgegeben. Aus diesem Grund, so der Präsident der FBP-parteiinternen Kommission «Wirtschaft/Eigentum» Edwin Ospelt, habe man versucht, diese Thematik aufzuarbeiten, was schliesslich zu dieser Tagung geführt habe, an welcher von kompetenter Seite informiert werden konnte. Doch nicht nur Information, sondern vor allem auch die anschliessende Diskussion, welche von den Anwesenden gerne genutzt wurde, brachte wertvolle Anregungen, die in die zukünftige FBP-Arbeit miteinbezogen werden. Unter der Moderation von Michael Biedermann standen neben den drei Referenten Dr. Ernst Walch, Martin Jehle und Wolfgang Risch auch die Kommissionsmitglieder Siegbert Kranz für baurechtliche sowie Dr. Jochen Hadermann für bank- und volkswirtschaftliche Fragen zur Verfügung.

Für mehr Eigenverantwortung

Auf die Bedeutung des Bodens allgemein und auf die Gegebenheiten bei liechtensteinischem Boden im speziellen ging der Landtagsabgeordnete Dr. Ernst Walch in seinem Kurzreferat ein. Er erinnerte daran, dass Boden aufgrund seiner Bedeutung für die Allgemeinheit nie ganz frei sein könne von gesetzlichen Beschränkungen und verwies auf jene Gesetze, die zu einer gewissen Regulierung dienen. Gleichzeitig stellte er aber auch fest, dass diese Bestimmungen teilweise änderungsbedürftig seien, um somit Wohnraumbeschaffung effektiver gestalten zu können. Als Beispiel führte er unter anderem die restriktiven Ausnützungsziffern an, welche die Verschwendung von Boden geradezu förderten. Er forderte deshalb dringend eine Änderung des Baugesetzes, welches vom derzeitigen Verbotsgesetz in ein Entwicklungsgesetz umzuwandeln sei. Und er verlangte die Förderung von Eigentumsbildung seitens der öffentlichen Hand mittels zu schaffenden Gesetzesbestimmungen wie beispielsweise einem Sparprämiengesetz und mittels Bausparmöglichkeiten. «Nicht die Abhängigkeit vom Staat, sondern die Eigenverantwortung, die Eigeninitiative, das Privateigentum muss gefördert werden», so Dr. Walch, dessen Ausführungen bei den Anwesenden grossen Anklang fanden.

Förderung des Baurechts?

Über die Rolle der Gemeinden bei der Wohnraumbeschaffung sprach anschliessend der Landtagsabgeordnete und Schaaner Vize-Vorsteher Martin Jehle, Er legte die Entwicklung des Grundverkehrs zwischen Privaten und Gemeinde dar und stellte fest, dass die Abgabe von Boden an Private heute praktisch ausnahmslos im Baurecht erfolge. Gleichzeitig verwies er jedoch auch auf die gestiegenen Ansprüche der Baurechtsnehmer, welche sich dadurch immer öfter in finanzielle Schwierigkeiten begeben würden. Er bezeichnete deshalb die Einstellung der jährlichen Anhebungen der zulässigen Kubikmeterpreise, welche nach seinen Worten zwangsläufig zu einem Kollaps für viele Betroffene führen würden. Ebenfalls forderte er eine platzsparendere, vernünftigere Bauweise und richtete sich gegen die Verschwendung von Boden. Zur Rolle der Gemeinde richtete er eine konkrete Frage an die Anwesenden: «Soll eine Gemeinde Boden kaufen mit allen Mitteln, wenn er wieder an die Bewohner der Gemeinde im Baurecht abgegeben wird, oder ist der Vorwurf berechtigt, dass wir mit dieser Politik dem Osten immer näher kommen?» Diese Frage kam in der anschliessenden Diskussion zur Sprache, wobei sich die Anwesenden sehr wohl für die Abgabe von Gemeindeboden aussprachen, sofern der Erwerb seitens der Gemeinde nicht preistreibend wirke.

Zinserhöhung von 48,1 Prozent

Ebenfalls auf grosses Interesse stiessen die Ausführungen von Immobilientreuhänder Wolfgang Risch, der anhand von konkreten Beispielen auf unseren Wohnungsmarkt einging. Grundsätzlich stellte er fest, dass ein Wohnungsmarkt in Liechtenstein sehr wohl existiere, nur dass eben aufgrund der teilweise horrenden Preise vor allem die sozial Schwächeren sowie Ausländer und ältere Leute davon ausgeschlossen würden. Anhand von konkreten Beispielen legte er die Zinsentwicklung bei vermieteten Wohnungen dar, wobei er bei einem Objekt innerhalb der letzten fünf Jahre eine Mietzinserhöhung von nicht weniger als 48,1 Prozent konstatierte. Angesichts dieser Umstände stellte er fest, dass Mieter doch relativ oft willkürlichen Massnahmen ausgesetzt seien. Mieterschutz könne deshalb vor allem in bezug auf die Mietzinsanpassung bzw. Mitzinserhöhungen verbessert werden.

Engagierte Diskussion

Im Anschluss an die Ausführungen der Referenten entwickelte sich eine engagierte Diskussion, wobei zahlreiche Sparten dieses doch komplexen Themas zur Sprache kamen. Dabei wurde vor allem die Forderung nach einer klaren Raumplanung laut, und Änderungen im Baugesetz wurden verlangt. Ebenfalls im klaren war man sich, dass eine solch klare Raumplanung aber auch eines gewissen Zurückstellens von Eigeninteressen bedürfe, was wahrscheinlich nicht allzu populär sei. Doch nur so sei eine glaubhafte Politik zu betreiben, welche das Verantwortungsbewusstsein der Zuständigen klar erkennen lasse. Dies forderte auch FBP-Präsident Emanuel Vogt in seinem Schlusswort, in welchem er sich für ein lebenswertes Liechtenstein für unsere Nachkommen einsetzte und allen Anwesenden für ihre engagierte Teilnahme dankte.

Die gemachten Anregungen, so Mane Vogt, würden mit Sicherheit in die FBP-Arbeit einfliessen und der Partei wertvolle Hilfe für die Zukunft sein. Auf die Referate gehen wir in einer der kommenden Ausgaben näher ein. (wan)

Sport aktuell

WM-Halbfinalisten stehen fest!

Italien gegen Argentinien am Dienstag in Neapel und England gegen Deutschland am Mittwoch in Turin: So lauten die Halbfinals bei der Fussball-WM in Italien. Die BRD schlug gestern nachmittag die CSFR, dank eines Penaltytores von Matthäus mit 1 : 0 und England blieb am späten Abend gegen Kamerun mit 3 : 2 in der Verlängerung siegreich.

Martina Hingis und Walter Looser Junioren-Tennis-Landesmeister 1990

Die Plätze des TC Presta in Nendeln (Samstag) und die Tennishalle in Vaduz (Sonntag) standen übers Wochenende im Zeichen der Junioren-Tennis- Landesmeisterschaften 1990. Die Titel holten sich die erst 10jährige Martina Hingis (TC Balzers) bei den Mädchen und der erfolgreiche Titelverteidiger Walter Looser (TC Balzers) bei den Knaben.

Die weiteren Kategoriesieger heissen:

Kat. II: Michael Nasahl (TC Balzers) und Isabell Frommelt (TC Schaan). Kat. III: Jürgen Tömördy (TC Eschen/Mauren) und Patricia Oehri (TC Eschen/Mauren). Kat. IV: Stefan Ritter (TC Schaan) und Anja Büchel (TC Triesen).

St. Gallen schlug FC Tirol 2:1

Im Rahmen des internationalen Sommer-Fussballcups standen sich gestern auf der Schaaner Rheinwiese der FC St. Gallen und ein ersatzgeschwächtes Team von Swarovski Tirol gegenüber. Vor etwas über 1000 Zuschauern gewann der FC St. Gallen mit 2:1.

David Vogt bleibt LSV-Präsident

Recht speditiv verlief am Freitag in Triesen die Delegiertenversammlung des Liechtensteinischen Skiverbandes. Dabei wurde David Vogt aus Balzers für ein weiteres Jahr als Präsident gewählt.

Die Regierung hat zu lange tatenlos zugesehen

Landtag überwies Motion zum Erlass eines Motorfahrzeugsteuergesetzes nach dem Verursacherprinzip

(mö) – **Mit 16 Stzimmen hat der Landtag am letzten Donnerstag eine Motion aus den Reihen der FBP-Fraktion überwiesen, mit der die Regierung beauftragt wird, ein Motorfahrzeugsteuergesetz auf der Grundlage des Verursacherprinzips nach gefahrenen Kilometern, Betriebsstunden bzw. Schadstoffemissionen vorzubereiten und dem Landtag in Vorschlag zu bringen. Die Regierung habe bis heute ihren Willen zur Erarbeitung eines umweltschützenden Motorfahrzeuggesetzes nicht bewiesen, weshalb dieser Auftrag aus der Sicht der Motionäre notwendig sei, begründete der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch diesen parlamentarischen Vorstoss.**

In der Mai-Sitzung hatte der Landtag einstimmig den Gesetzesentwurf der Regierung zu einer neuen Motorfahrzeugsteuer vor der 2. Lesung zurückgewiesen. Offenbar bestehe, so der Abgeordnete Dr. Ernst Walch in der Begründung der Motion, im Landtag in der heutigen Zusammensetzung Einigkeit, dass eine Motorfahrzeugsteuer auf der Grundlage des Verursacherprinzips eingeführt werden solle. Durch die Zurückweisung der Gesetzesvorlage an die Regierung allein sei aber noch nicht gewährleistet, dass ein systematisch neues Motorfahrzeugsteuergesetz nach dem Verursacherprinzip auch tatsächlich erarbeitet und in Vorschlag gebracht werde. Zu lange habe die Regierung tatenlos zugesehen. Sie habe, so Dr. Ernst Walch, den politischen Willen zur Erarbeitung eines solchen umweltschützenden Motorfahrzeugsteuergesetzes nicht bewiesen. Daher sei aus der Sicht der Motionäre der Auftrag an die Regierung in Form dieser Motion notwendig.

Das Übermass stärker belasten

Wörtlich fuhr der Abgeordnete Dr. Ernst Walch fort: «Es gibt viele Stimmen in der Bevölkerung, die die Befürchtung hegen, dass mit der Einführung des Verursacherprinzips im Motorfahrzeugsteuergesetz der Individualverkehr ausgemerzt werden soll. Dem ist nicht so, wofür ich, soweit es mir ermöglicht ist, einstehe. Es wird dem Gesetzesvorschlag vorbehalten sein, die Tarife, Ansätze, Ausnahmebestimmungen so auszugestalten, dass der notwendige Auto-Individualverkehr nach wie vor gewährleistet werden kann und, um es anders auszudrücken, nicht bestraft wird. Es soll aber das Übermass, der unnötige Auto-Individualverkehr stärker belastet werden, wie schon so oft ausgedrückt, der Umwelt und dem Mitmenschen zuliebe.

Wesentlich ist aber, dass durch diese unsere Motion im Landtag ein solcher Gesetzesentwurf auf der Grundlage des Verursacherprinzips zunächst überhaupt einmal vorgelegt wird. Erst dann wird konkret zu entscheiden sein, wie stark der Anreiz zum Verzicht bzw. zur Einschränkung des Auto-Individualverkehrs ausgestaltet werden soll».

Gefahr und Chance zugleich

In jenem Zeitpunkt werde laut Dr. Walch eine fundierte Diskussion auch in der Bevölkerung, zumindest aber in gewissen Interessenverbänden, stattfinden. Nach Beschlussfassung des Landtages könne gegen eine solche Gesetzesvorlage auch das Referendum ergriffen werden. Spätestens dann werde sich die gesamte Bevölkerung mit der Vorlage befassen müssen, und sie werde durch ihr Abstimmungsverhalten Zeichen setzen. Dr. Ernst Walch abschliessend: «Die gelebte Demokratie ist bei Gleichgültigkeit, bei Egoismus und einseitiger Förderung von Partikularinteressen für den Schutz unserer Umwelt eine grosse Gefahr. Sie ist aber auch eine Chance, und darauf vertraue ich in unserem Land. Es würde mich also freuen, wenn der Werdegang eines modernen, umweltgerechten Motorfahrzeugsteuergesetzes diesen Weg nehmen würde».

Präsident: «Formale Probleme»

Für eine Überweisung der Motion sprach sich auch VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser aus, wenn damit vorrangig das Ziel verfolgt werde, dass weniger gefahren werde. Die Eingabe habe auch nur dann einen Sinn, wenn man den Mut aufbringe, die Tarife für die Steuern entsprechend anzusetzen. «Formale Probleme» veranlassten hingegen den Landtagspräsidenten Dr. Karlheinz Ritter, sich der Stimme zu enthalten. Seiner Meinung nach sollten in einem Motorfahrzeugsteuergesetz die steuerlichen Belange geregelt werden, während die umweltbedingten Massnahmen in einem Abgabengesetz vorgeschrieben werden sollten. Seine Zustimmung zur Motion machte er von einer Umbenennung in «gesetzliche Vorschriften» abhängig. Dies sei in diesem Stadium nicht wichtig und nicht wesentlich, entgegnete der Abgeordnete Dr. Ernst Walch. Man habe ja auch bis anhin von einem Motorfahrzeugsteuergesetz gesprochen, und es hätten nicht alle diese Steuern bezahlen müssen, sondern nur jene, die im Besitz eines Motorfahrzeuges gewesen seien.

Ölembargo gegen Litauen beendet

Wilna (AP) Die sowjetische Regierung hat am Samstag das gegen Litauen verhängte Ölembargo beendet. Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow informierte nach Miteilung einer Regierungssprecherin in Wilna die litauische Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskiene von der Wiederaufnahme der Lieferungen. Eine Sprecherin der Raffinerie in Mazeikiai bestätigte, dass das Öl wieder fliesse. In dieser Raffinerie wird fast das gesamte für Litauen bestimmte Öl verarbeitet.

Der Oberste Rat Litauens hatte am Freitag mit 69 gegen 35 Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, dass die am 11. März erfolgte Unabhängigkeitserklärung bei Beginn von Verhandlungen mit Moskau für die Dauer von 100 Tagen ausser Kraft tritt. Damit hatte das Parlament in Wilna die von Gorbatschow gestellte Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen und die Beendigung des Embargos erfüllt.

STARK WIE IMMER,
IN BÜROMÖBELN,
BÜROGERÄTEN,
BÜROSYSTEMEN.

Büro-Systeme AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309